

# Der Maler

## Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends  
Abonnementspreis 1,50 M. pro Quartal  
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:  
Hamburg 25, Klaus-Groth-Strasse 1, 1. Stod  
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postkonto:  
Vermögensverwaltung des Verbandes  
Hamburg 11598

### Die Teuerung.

Was bedeutet die Teuerung, die in der letzten Zeit der ganzen Weltwirtschaft und in einzelnen Ländern von einem hohen Grade aufgetreten ist? Jeder, der seiner Hände Arbeit oder Kopfarbeit lebt, empfindet die Teuerung mit Recht als ein großes Uebel, das seine Existenz sowie verschlechterte Lebenshaltung mit Gefahr bedroht. Die Teuerung als Welterscheinung, und darüber hinaus, die Teuerung in einzelnen Ländern, ist eine verwickelte Angelegenheit, deren Gründe mannigfaltig sind, und die daher nur schwer aus der Wurzel geschafft werden kann. Von der Teuerung, die von der Inflation her kommt, und sich in der fortschreitenden Wertminderung des Geldes ausdrückt, wollen wir hier nicht sprechen. Wir wissen wohl, daß die Kaufkraft des Geldes im Laufe des Krieges viel geringer geworden ist als früher. Für die Menge Geldes kann man seit dem Kriege weniger kaufen als in der Vorkriegszeit. Auch sind die Folgen der Inflation für die Preisgestaltung bekannt. Bei der Wertminderung der neuen, jüngst hereingebrochenen Teuerungswelle können wir jedoch die Ursachen verfolgen. Sie kommen heute nur für die Länder in Betracht, die ihre Stabilisierungsstrategie — die Befestigung des Geldwertes — noch nicht ganz überwunden haben und daher die Anpassung der Preise an die Weltmarktpreise nicht ganz erfolgrich. In diesen Ländern, wie in Oesterreich, Belgien usw., steigen die Preise auch aus diesem Grunde. Es gibt aber auch Stabilisierungen, wie in England, Polen und Ungarn, wo gleich beim Anfang der Stabilisierung die Weltmarktpreise erreicht oder übersteigert wurden. Uns beschäftigt hier nur die Teuerung der Warenpreise selbst oder die über die Weltmarktpreise hinausgehende Steigerung der Warenpreise.

Wenn in einem gegebenen Zeitpunkt weniger erzeugt wird, so wird das Angebot der Waren vermindert, so daß die Teuerung nur ein Ausdruck dafür, daß nicht mehr produziert werden kann, als erzeugt wird. Diese einfache Wahrheit kommt in der kapitalistischen Wirtschaft durch die Teuerung zum Ausdruck, die nicht nur die schlechtere Versorgung der Bevölkerung bedeutet, sondern noch andere Folgen hat. Die Verminderung der Produktion kann natürliche und künstliche Ursachen haben. Der Missernteausfall ist eine natürliche Ursache. Die durch den hervorgerufenen Teuerung bewirkt aber nicht nur die schlechtere Versorgung der Bevölkerung mit Brot, sondern, durch die verminderte Kaufkraft der Brotkäufer, die größeren Teil ihres Einkommens für das teure Brot aufwenden müssen, hat sie auch den Rückgang auf anderen Produktionsgebieten zur Folge. Noch schlimmer ist aber die künstliche Einschränkung der Produktion, die in der kapitalistischen Wirtschaft zur Erhöhung der Profite vorzunehmen wird. Man schränkt die Produktion absichtlich ein, um das Angebot am Warenmarkt zu vermindern. Diesem Zweck ist aber die Ausschaltung des freien Wettbewerbes notwendig. Je mehr das Monopolkapital in Form von Trusten und Kartellen vordringt, um so leichter werden Produktionsbeschränkungen zur Steigerung der Profite vorgenommen werden. Freilich könnten die Truste und Kartelle durch eine Erweiterung der Produktion und dadurch bewirkte Senkung der Herstellungskosten unter Umständen noch mehr gewinnen als durch die künstliche Einschränkung der Produktion.

Für das Monopolkapital ist es aber viel bequemer und sicherer, den andern Weg zu gehen. Um den Absatz für die erweiterte Produktion zu sichern, müssen politische und wirtschaftliche Vorbedingungen geschaffen werden, wozu sich aber das Monopolkapital nicht aufschwingen kann. Zur Sicherung und Steigerung seiner Macht in der Politik und in der Wirtschaft ist es ihm angenehmer, ein großes Heer zu halten, politische Unsicherheit aufrechtzuerhalten (Imperialismus!) und niedrige Löhne zu zahlen; Umstände, die die Erweiterung des Absatzes im Wege stehen. Während der großen Weltwirtschaftskrise konnte man feststellen, daß

bei der gleichzeitigen Verarmung der Bevölkerung und dem Zusammenschrumpfen des Nationaleinkommens der Anteil des Monopolkapitals an dem Gesamteinkommen des Landes sich sowohl absolut wie relativ erhöht hatte.

Was bedeutet denn die Teuerung? An sich nichts —; sie empfängt nur durch Gegenüberstellung mit dem Einkommen ihre Bedeutung. Wenn die Preise für die landwirtschaftlichen Produkte in einem größeren Maße steigen als die Preise der Produktionsmittel für die Landwirtschaft und für die Industrieartikel, so steigt das Einkommen der Landwirte. Sie können trotz der Erhöhung der allgemeinen Preislage mehr als bisher kaufen. Für diejenigen Schichten aber, die ihr Einkommen der Teuerung entsprechend nicht zu steigern vermögen, bedeutet die Teuerung die Einschränkung ihres Verbrauchs. Es kann die Einschränkung des Verbrauchs für das ganze Land erfolgen, insofern sich die Weltmarktpreise für die Artikel, die in diesem Land eingeführt werden müssen, wie Getreide, Baumwolle, Kolonialprodukte, steigern. In diesen Fällen muß das ganze Land einen Tribut an die Länder, in denen diese Produkte erzeugt werden, entrichten. Innerhalb des Landes erfolgen aber außerdem noch große Verschiebungen in der Einkommensverteilung. Angesichts der Teuerung sinkt das Realeinkommen einzelner Bevölkerungsschichten, wobei das gesamte Nationaleinkommen sich erhöhen, gleichbleiben, oder sinken kann. In letzterem Falle wird das Einkommen dieser Schichten in einem größeren Maße sinken als das Nationaleinkommen. In diesem Falle muß die eine Schicht gewinnen, was die andere verliert. Von dem Nutzen der Teuerung, vom Monopolkapital, haben wir bereits gesprochen; in der letzten Zeit sind auch die Landwirte hinzugekommen. Dazu kommt, daß das Monopolkapital (Banken usw.), das in den Ländern, wo Geldknappheit herrscht, sich hohe Zinsen für die Darlehen bezahlen läßt. Des weiteren trägt die Ueberhandnahme des Zwischenhandels zur fortschreitenden Verteuerung bei. Die Spanne zwischen den Erzeuger- und Kleinhandelspreisen wird immer größer, was auf eine Ueberhandnahme der unproduktiven Arbeit hinweist. Bei zu hohen Frachtkosten werden die Waren nicht nur unmittelbar verteuert, sondern vielmehr dadurch, daß der Wettbewerb, der zur Senkung der Warenpreise führen kann, auch auf diese Weise erschwert wird.

Die Leidtragenden bei der Teuerung sind aber immer die Lohn- und Gehaltsempfänger. Bei dem Mechanismus der kapitalistischen Wirtschaft kommt nämlich die Anpassung der Gehälter und der Löhne an die Teuerung zu spät und ist unzureichend; sie stößt auf mannigfache Widerstände. Deshalb bildet für diese Schicht der Bevölkerung die Teuerung die größte Sorge. Wie soll man ihr begegnen? Der Käuferstreik kommt schwerlich in Frage. Die Unternehmer, die Rohstoffe und Halbfabrikate kaufen, pflegen in der Zeit der Teuerung noch mehr zu kaufen als sonst, aus Angst vor einer weiteren Preissteigerung. Die Verbraucher sind aber nicht organisiert, und soweit es sich um unentbehrliche Bedarfsartikel handelt, können sie sich des Kaufes nicht enthalten. Es bleibt kein anderer Weg, als Kämpfe für die Erhöhung der Gehälter und Löhne zu führen, eine aufreibende Arbeit, die nie zum vollen Sieg führen kann. Ihr Erfolg ist im wesentlichen vom Grad der Organisation der Arbeiter abhängig.

Der Staat könnte zur Bekämpfung der Teuerung auf zweierlei Art beitragen: unmittelbar durch seine Steuer-, Zoll- und Kreditpolitik, mittelbar aber durch Kontrolle der Preisgestaltung. Was den ersten Punkt anbelangt, so war die Tätigkeit der Staatsmacht in den letzten Jahren keineswegs geeignet, die Teuerung einzuschränken. Wenn man die Steuerwirtschaft der europäischen Staaten überblickt, so ist man geradezu erstaunt über die Rückständigkeit und den unsozialen Charakter derselben. Mit Ausnahme von England sind die Steuersysteme sämtlicher Länder auf die sozial ungerechtesten Steuern aufgebaut, die der Teuerung und

dadurch der Verminderung der Kaufkraft der wirtschaftlich schwächsten Schichten Vorschub leisten. Deutschland hat diesbezüglich eine führende Rolle. Dasselbe gilt für die Zollpolitik mit ihren bösen Wirkungen auf die Teuerung. Dies wird sowohl durch die Verteilung der Machtverhältnisse wie auch durch Bequemlichkeit herbeigeführt. Zölle, Verbrauchs- und Umsatzsteuern sind die bequemsten Mittel zur Geldebefassung für den Staat. Die militärischen Ausgaben nehmen in fast allen europäischen Ländern noch riesige Summen in Anspruch. Für Deutschland kommen noch die Reparationslasten verschärfend hinzu. Für Mitteleuropa außerdem noch die erdrückenden Kreditzinsen.

Noch schlimmer steht es um die Preiskontrolle. Nach dem Kriege herrschte Einstimmigkeit über die Forderung des Abbaues der während des Krieges entstandenen Zwangswirtschaft. Nicht ohne Grund. Die Kriegswirtschaft hatte ihre großen Mängel und konnte für den Frieden nicht einfach übernommen werden. Sie ermöglichte große Kriegsgewinne; auch ist es wahr, daß die Festsetzung von Höchstpreisen, wenn sie nicht mit der Verteilung der Waren verbunden ist, zum Verschwinden derselben vom Markt und zum Schleichhandel führt. Aus diesem Grunde kann man von den neuerlich erlassenen Wuchergesetzen in einzelnen Ländern, die Höchstpreise für gewisse Bedarfsartikel bestimmen, nicht sehr viel erwarten. Trotzdem darf man nicht verbergen, daß die Kriegswirtschaft in mancher Hinsicht viel geleistet hat und die Versorgung der Bevölkerung zu erträglichen Preisen durchsetzte. Nicht die Kriegswirtschaft als solche, sondern nur ihre Auswüchse hätten beseitigt beziehungsweise ihre Lücken ausgefüllt werden müssen. Heute sind die Kartelle, die während des Krieges durch den Staat gegründet und gefördert, aber auch weitgehend kontrolliert wurden, wieder da, mit dem Unterschied aber, daß hinter ihnen keine wirksame Kontrolle steht. Sie sind in ihrer Preispolitik vollkommen frei und unbehindert. — Der Kampf gegen die Teuerung muß demnach an verschiedenen Fronten geführt werden. Zu seinem Erfolg ist sowohl die Stärkung der außerpolitischen sozialen Bewegung wie eine größere Einflußnahme auf die Staatsgewalt notwendig.

### Die Arbeitslosenstatistik unseres Verbandes.

Für den Monat Dezember haben 146 Filialen mit 38316, davon 189 weiblichen Mitgliedern berichtet. Es wurden insgesamt 4399 männliche und 2 weibliche, zusammen 4401 Arbeitslose gezählt, sodaß 11,5 vom Hundert unserer Mitglieder arbeitslos sind. Das im Verhältniß zum Monat November mit 5,6% recht ungünstige Ergebnis dürfte nicht zuecht darauf zurückzuführen sein, daß erfahrungsgemäß viele Malereibetriebe wegen des an und für sich flauen Geschäftsganges in der Woche zwischen Weihnachten und Neujahr geschlossen beziehungsweise stillgelegt werden, um in den Werkstätten und Arbeitsplätzen die Materialbestände festzustellen. Fast allgemein lauten die Berichte aus den Filialen viel günstiger, als nach dem Ergebnis unserer Erhebung am Jahreschluß anzunehmen wäre. Die gemeinsamen Bestrebungen auf Beschaffung von Winterarbeit sind nur selten ohne Erfolg geblieben.

Die Arbeitslosigkeit unserer Verbandsmitglieder in den letzten beiden Jahren ist aus nachstehender Tabelle ersichtlich.

| Monat      | Es berichteten Filialen |      | Mitgliederzahl in den berichtenden Filialen am Schlusse des Monats |        | Arbeitslose Mitglieder am Schlusse der Woche des Monats |        | Auf je 100 Mitglieder entfallende Arbeitslose am Schlusse der letzten Monatswoche |      |
|------------|-------------------------|------|--|--------|---|--------|---|------|
|            | 1923                    | 1924 | 1923   | 1924   | 1923  | 1924   | 1923  | 1924 |
| Januar ..  | 150                     | 140  | 53 998   | 43 487 | 6 858   | 23 706 | 12,7  | 54,5 |
| Februar .. | 149                     | 135  | 53 118   | 40 780 | 7 803   | 20 641 | 14,7  | 50,6 |
| März ....  | 149                     | 130  | 54 325   | 40 071 | 6 312   | 5 016  | 11,6  | 12,5 |
| April .... | 145                     | 129  | 54 119   | 38 420 | 4 498   | 1 067  | 8,3   | 2,8  |
| Mai .....  | 147                     | 131  | 52 754   | 40 562 | 2 114   | 467    | 4,0   | 1,1  |
| Juni ..... | 142                     | 133  | 52 063   | 37 778 | 1 602   | 688    | 3,1   | 1,8  |
| Juli ..... | 143                     | 135  | 52 023   | 33 389 | 1 349   | 815    | 2,6   | 2,4  |
| August ... | 132                     | 133  | 46 721   | 36 807 | 4 890   | 1 149  | 10,5  | 3,1  |
| September  | 135                     | 132  | 49 069   | 37 390 | 9 924   | 871    | 20,2  | 2,3  |
| Oktober .. | 118                     | 128  | 40 343   | 37 018 | 16 157  | 1 232  | 39,6  | 3,3  |
| November   | 123                     | 132  | 40 801   | 36 117 | 16 875  | 2 037  | 45,8  | 5,6  |
| Dezember   | 119                     | 146  | 42 897   | 38 316 | 22 864  | 4 401  | 53,3  | 11,5 |

Diese unsere Feststellungen folgen immer den Schwankungen, die sich auch auf andere Weise beobachten lassen. Obwohl die Konjunktur im verflochtenen Jahre für das Malergewerbe in den meisten Orten außerordentlich gut war und vielfach über Mangel an Arbeitskräften Klage geführt wurde, ist doch das ganze Jahr hindurch ein gar nicht unerheblicher Prozentsatz von Arbeitslosen vorhanden gewesen. Dieser scheinbare Widerspruch findet seine Erklärung darin, daß bei den ersten Regungen einer Konjunktur im Malerberuf ein Teil der abgewanderten Berufsausgehörigen wieder zurückgelehrt ist, dann aber auch ein starker Zustrom von Ungelernten und Hilfsarbeitern stattgefunden hat, der bei den großen Renovierungsarbeiten an Brücken usw., die im letzten Jahre erstmals wieder vorgenommen wurden, ausreichende Beschäftigung gefunden hat. Des weiteren darf nicht übersehen werden, daß in den, erst in den letzten Monaten leider nur zum Teil von fremden Besatzungsmächten geräumten Gebieten ein flotterer Geschäftsgang nicht aufkommen konnte, und daß das Gesamtergebnis fortdauernd von diesen Landesanteilen ungünstig beeinflusst wurde. Das Verhältnis hat sich jetzt wesentlich gebessert, und es ist erfreulich, daß nach den letzten Feststellungen auch hier eine Wendung zum Besseren eingetreten ist.

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, dann dürfen wir wohl der Hoffnung Ausdruck geben, daß sich die Verhältnisse auf unserem beruflichen Arbeitsmarkt in dem nun begonnenen Jahre günstiger gestalten werden, als es seit langem der Fall war. Unzählige Wohnungen harren der Renovierung durch den Maler und dürfen nicht länger zurückgestellt werden, da es nicht unbedeutende Schäden an unserm durch den Krieg und die nachfolgenden Inflationsjahre schwer geprüften Volk und an seiner Gesundheit entziehen sollen. Auch im Baugewerbe regt es sich allerorten, die Wohnungsbautätigkeit läßt sich nicht länger aufhalten.

Unsern Kollegen erwächst aber die Aufgabe, bei einer bevorstehenden Konjunktur auf dem Posten zu sein. Noch haben die Unternehmer ihre dunklen Pläne auf die Befestigung des Achtstundentages nicht aufgegeben, und die Angleichung der Löhne zu die häufig steigende Lebenshaltung begegnet immer größeren Schwierigkeiten. Soll unser Gewerbe wieder gesund, darf auch nicht getrotzt werden, daß auch den Arbeitnehmern ihr Recht auf eine menschenwürdige Existenz gewahrt bleibt. Das kann aber nach allen Erfahrungen der Vergangenheit nur erreicht werden, wenn alle Kollegen ihre gewerkschaftlichen Pflichten erfüllen und jeden im Berufe tätigen Arbeitsgenossen seiner Berufsorganisation zuzählen. An der geschlossenen Phalanx unserer Kollegen werden alle Angriffe wirkungslos abfallen.

### Die soziale Bewegung im Deutschen Reich 1924.

Die soziale Bewegung Deutschlands war im Jahre der Stabilisierungskrise hauptsächlich von der Frage der Arbeitslosigkeit und der Arbeitszeit beherrscht. Nach der Stabilisierung der Mark ging die Arbeitslosigkeit, die nach dem Zusammenbruch der Währung ein ungeheures Ausmaß angenommen hatte, etwas zurück, war aber am Anfang des Jahres immer noch sehr groß. In den folgenden Monaten nahm die Arbeitslosigkeit in den unbefestigten Gebieten langsam ab. Die Rentenmarkkredite floßen in raschem Tempo in die Volkswirtschaft und ermöglichten die Erweiterung der Produktion. Zwar waren die Löhne und Gehälter zu dieser Zeit außerordentlich niedrig; der Reallohn betrug kaum die Hälfte des Vorkriegsreallohnes. Der während der Inflation zurückgedrängte Bedarf nach Bekleidungsstücken usw. machte sich dennoch geltend. Im Frühjahr gab es in der Textil- und Schuhindustrie bereits eine Konjunktur. Die in den Monaten Februar bis April erfolgten Lohn- und Gehaltserhöhungen haben die Nachfrage nach Waren verstärkt. Etwas lang-

samer erfolgte die Wiederbelebung der Eisen- und Stahlindustrie. Am größten war die Arbeitslosigkeit im Bergbau, wo die Folgen des passiven Widerstandes noch nicht überwunden waren. Doch dauerte der Aufstiegs nur wenige Monate. Infolge der Geldknappheit und der hohen Preise stellte sich die Krise wieder ein. Im Mai sank noch die Arbeitslosenziffer, die Kurzarbeit hat sich jedoch in diesen Monaten bereits erhöht. Im Juli haben die Fachverbände über 13,8% Kollarbeitslose und 29,4% Kurzarbeiter berichtet. Im August erreichte die Krise ihren Höhepunkt. Mehr als die Hälfte der Arbeiterschaft war auf Kurzarbeit gestellt. Die Ausnahme des Londoner Abkommens hat nur sehr langsam eine Behebung des Beschäftigungsgrades herbeigeführt. Auch diesmal begann die Besserung bei der Textil- und Schuhindustrie, später griff sie auf die Holzindustrie über. Am spätesten zeigte sich die Belebung des Bergbaues und der Eisen- und Stahlindustrie. Am Schluß des Jahres war aber auch in diesen Industrien eine beträchtliche Steigerung der Beschäftigung zu verzeichnen. Sogar das Baugewerbe, das das ganze Jahr hindurch daniederlag, zeigte zum Schluß des Jahres einen unerwarteten Aufschwung.

Die ungeheure Arbeitslosigkeit, die zuzeiten Millionen Arbeiter und Angestellte dem Elend preisgegeben hat, stellte den Staat und die Organisationen der Arbeiter und Angestellten vor schwere Aufgaben. Der Staat hat bei der Lösung der Arbeitslosenfrage versagt; er konnte den Arbeitslosen keine Beschäftigung verschaffen. Die Sorgen um die Aufrechterhaltung der Währung haben ihn von der Ausführung großzügiger öffentlicher Arbeiten zurückgehalten. Die Notstandsarbeiten der Gemeinden waren geringfügig und mit großen Härten für die Notstandsarbeiter verbunden. Die Arbeitslosenunterstützung, die seit der Stabilisierung nicht mehr vom Staat, sondern von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen wurde — das Reich hat nur Zuschüsse gemahet —, war außerordentlich gering (55 bis 70 % pro Tag) und reichte zur Lebensführung bei weitem nicht aus. Seit März wurden die Kurzarbeiter überhaupt nicht mehr unterstützt. Erst im September erfolgte die geringe Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung (in Berlin auf 1. A für den ledigen männlichen Erwerblosen); auch wurde die Unterstützung der Kurzarbeiter unter Umständen wieder ermöglicht. Deshalb war die Belastung der Wirtschaft durch die Erwerbslosenfürsorge trotz der ungeheuren Arbeitslosigkeit verhältnismäßig gering; sie betrug für das Jahr gegen 220 Millionen Mark. In der Arbeitslosigkeit der Industriearbeiter gefellte sich der Abbau der Beamten — über 400 000 Beamte wurden abgebaut — und der Angestellten. Vor allem haben die Banken ihre Beamten abgebaut. Es wurden im Laufe des Jahres 150 000 bis 200 000 Bankbeamte entlassen. Auch die Industrie und der Handel schritten zu Massenentlassungen. Die Abfindungsummen waren, insofern solche gezahlt wurden, ganz geringfügig. Die Erwerbslosigkeit dieser breiten Schichten bleibt ein schweres Problem der Zukunft.

Die zweite Frage, die im Vordergrund der sozialen Bewegung stand, war die Arbeitszeit. Die Arbeitszeitverordnung vom 13. Dezember 1923 hat bei grundsätzlicher Anerkennung des Achtstundentages eine fast unbeschränkte Arbeitszeitverlängerung ermöglicht. Die Verordnung selbst bestimmt eine große Anzahl von Ausnahmen von dem Achtstundentag; die Arbeitszeit kann aber durch Tarifvertrag in der Regel auf 10 Stunden, unter Umständen noch weiter ausgedehnt werden. Es entbrannte ein schwerer Kampf um die Tarifverträge. Die Machtstellung der Unternehmer war nach der Stabilisierung außerordentlich gestärkt. Die große Arbeitslosigkeit auf der einen, der finanzielle Zusammenbruch der Gewerkschaften auf der andern Seite hat die Front der Arbeitnehmer sehr geschwächt. Die Organe des Staates haben

zwar die ärgsten Mißstände zu verhindern gesucht, übrigen gerieten sie in dieser Zeit oft in das Fahrwasser der Reaktion. Die Unternehmer wollten im Schutze ihrer Uebermacht sich den Schiedssprüchen nicht unterwerfen, trotzdem diese in der Regel wesentliche Arbeitserhöhungen bestimmten. Sie wollten die Bedingungen einseitig diktieren, vor allem aber die Tarifverträge und auch den Einfluß der Gewerkschaften beseitigen. Es war ein schwerer Kampf auf verschiedenen Fronten geführt worden: für die Erhaltung der Tarifverträge gegen die Sabotage der Unternehmer bei den Schiedssprüchen, gegen die Härten der Schiedsgerichte, besonders aber für die grundsätzliche Anerkennung des Achtstundentages. Die Arbeiterschaft wollte den Achtstundentag nicht preisgeben, und wenn sich auch der Arbeitszeitverlängerung nicht verschließen konnte, so forderte sie die Anerkennung der Tatsache, daß die Verlängerung der Arbeitszeit nur als Ausnahmefall bestehe und nach Aufhören der besonderen Umstände beseitigt werden müsse. Auch um die Bezahlung der Nebenstunden mußte gekämpft werden. Eine Anzahl großer Arbeitskämpfe wurden im Bergbau (für die grundsätzliche Anerkennung der Siebenstundenschicht), in Metall- und Textilindustrie, im Baugewerbe usw. lange Zeit hindurch und mit schwerer Unterbindung der Produktion geführt. Nach der Erhebung des allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes haben Mitte 1924 ungefähr die Hälfte der von ihm erfaßten 2 1/2 Millionen Arbeiter 48 Stunden in der Woche gearbeitet; der Achtstundentag konnte am meisten im Bau- und Holzgewerbe und in der Schuhindustrie gehalten werden. In der Metall- und Textilindustrie sowie der Gemischen (Papier-) Industrie war die Arbeitszeitverlängerung am größten, in der Regel über 64 Stunden. Seitdem blieb die Lage ziemlich unverändert. Für Gültensarbeiter soll die Arbeitszeit demnächst auf dem Ordnungsweg herabgesetzt werden. Neben dem Kampf um die tarifvertragliche Arbeitszeit wurde die Forderung der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens als den Achtstundentag gestellt. Die freien Gewerkschaften haben zu dessen Annahme eine Volksabstimmung vorbereitet. Der neue Reichstag oder, wenn dieser sagen würde, eine Volksabstimmung soll über das Schicksal der Arbeitszeitfrage entscheiden.

Die Lohnfrage war das dritte soziale Problem, das im Vordergrund der Bewegung stand, der Kampf gegen die Dumpinglöhne, die die Kaufkraft der Arbeiterschaft im Inland unterbunden haben, im Ausland aber zu manchen deutschen Ausfuhr abträglichen Maßnahmen führten. Die Anfang des Jahres unerträglich geringen Löhne wurden zwar im Frühjahr erhöht, doch blieb der Reallohn auch zu dieser Zeit stark hinter dem Friedensreallohn zurück. Das Sinken der Preise in den Monaten März, Juni, das zur vorübergehenden Erhöhung des Reallohns führte, hörte bald auf. Infolge der Verteuerung von Getreides und der Lebensmittel setzte eine Teuerungswelle ein, der kein Ausgleich der Löhne und Gehälter folgte. Bezüge der Beamten wurden zwar im Juli erhöht, die unteren Gruppen der Beamten war jedoch die Erhöhung unbedeutend. Erst gegen Ende des Jahres erfolgte wieder eine kleine Erhöhung des Lohn- und Gehaltsniveaus, was aber nur zum teilweisen Ausgleich der Teuerungsdienste. Der Kampf um die Erhöhung des Reallohnes und demzufolge im Laufe des Jahres ausgetragen werden, die Preisabbaupolitik der Regierung fehlschlug, bleibt anderer Ausweg nicht übrig.

Die Belastung der Arbeitnehmer durch hohe Lohn- und Verbrauchssteuern ist eine wichtige soziale Frage, die sich im Jahre 1924 ganz zuungunsten der Arbeitnehmer gestaltet hat. Auf dem Gebiet der Sozialversicherung muß der Wiederaufbau dieser währ-

### Aus alten Tagen.

Für unsere jüngeren Verbandskollegen ist es sicher nicht ohne Interesse, zu vernehmen, wie es vor einem Menschenalter im deutschen Malergewerbe aussah, zu einer Zeit, als nur in wenigen Orten bei einigen Arbeitern die ersten modernen Organisationsgedanken aufkamen, weil durch Einführung der Gewerbefreiheit die alte zünftlerische Organisation gegenstandslos geworden war und nun ein Teil der Gehilfen sich zu Vereinsvereinstellen zusammenschloß und die Meister angingen, sich im Deutschen Malerbund zu organisieren. Es war die Zeit, in der unser Malergewerbe noch mehr ein Luxusgewerbe war und eben begann zu einem Bedürfnisgewerbe zu werden. Es mußte schon ein ganz ansehnlicher Ort sein, wo damals ein Maler sein Brot mühsam erwerben konnte, heute jedoch kann er das mit dem gleichen Erfolge in jedem Dorfe. Doch unter diesen Umständen es äußerst schwer war, unserer Organisation ein Gewerbe Eingang zu verschaffen, liegt auf der Hand. Wenn sie aber trotzdem vor nunmehr 40 Jahren mit vielen Mühen zustande kam, ist es einzig und allein der aufopfernden Arbeit der kleinen Echar der damaligen aufgeklärten Kollegenschaft zu verdanken.

Einige Episoden aus den sechziger und achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts mögen einen Blick in die Verhältnisse des Malergewerbes damals gewähren.

Schreiber dieser Zeilen arbeitete damals in Chemnitz. Eine politische Arbeiterbewegung war kräftig entwickelt, jedoch von einer gewerkschaftlichen in unserm Berufe gab es keine Spur. Der Malerverein am Orte, der „Steam-Halb“, war nichts weiter als ein oder Souverain, aber eben deshalb bei den Meistern gern gesehen. In Leipzig übte sich die Mitte der sechziger Jahre allerdings schon ein Teil der Gewerkschaftsbewegung; es war aber noch nicht allzuweit von dort aus Fäden nach Chemnitz zu ziehen, und so mußte unsere Kollegenschaft in aller Unwissenheit und düffeligen Stumpfsinn weiter.

Der Lohn war, trotz der nicht allzu billigen Lebensmittelpreise und Wohnkosten, durchschnittlich 1,50 bis 2,50 M pro Tag bei einer Arbeitszeit von früh 6 bis abends 7 Uhr, mit geringen Nachtzuschlägen, während der man rasch durch Nachtragsaufnahmen seine Leistungsfähigkeit wieder zu erlangen suchte. Die Arbeiter in den kleinen Fabriken

arbeiteten von früh 6 bis abends 6 Uhr, und ich bemühte mich, den Kollegen unserer Werkstatt klar zu machen, daß auch unsere Arbeitszeit um eine Stunde verkürzt werden sollte, um nicht hinter den Fabrikarbeitern zurückzufallen.

Es fand sich auch eine gewisse Verständigung, und wir sprachen mit unserm Meister Gustav Hein — der nun schon lange tot ist — darüber. Dieser zog die Augenbrauen hoch und schaute uns verwundert an. Dann sagte er: „Ihr seid doch Maler und keine Fabrikarbeiter! Wenn Ihr auch schon um 6 Uhr Feierabend macht und heimgeht, werdet Ihr für Fabrikarbeiter angesehen!“

Jetzt waren meine Kollegen perplex. Sie wollten ja „etwas Besseres“ sein als Fabrikarbeiter. Deshalb machten sie lieber noch eine Stunde länger den Kuli, um nur ja nicht für Fabrikarbeiter gehalten zu werden. Alle die Kollegen mit dem knurrenden Magen, den Künstlerloden und flotten Watschleifen waren ganz und gar mit dem Meister Gustav Hein einverstanden, und es war vergeblich, noch weiter mit ihnen über eine Verkürzung der Arbeitszeit zu sprechen.

Ein anderes Bild aus dem Jahre 1877. Es spielt auch in Chemnitz. Jemandem war ein Maler-tag des frischgegründeten Deutschen Malerbundes. Ein Meister aus Chemnitz hatte das Bedürfnis, sich dieses Theater anzusehen, und als er zurückkam, referierte er über alles, was er gehört und gesehen hatte. Besonders der Präsident Weber, Bremen, hatte ihm imponiert. Dieser hatte in einer fulminanten Rede ausgeführt, daß „die Malergehilfenschaft schon so tief gesunken wäre, daß sie nicht einmal mehr ein vorchriftsmäßiges Rührholz schäufen könne“. Nach den Mustern, die am Malertag aufgaben, hatte der Referent sich einige Rührhölzer geschnitten und der Versammlung vorgelegt mit dem Wunsch, ihren Gehilfen und Lehrlingen allererst das regelrechte Schneiden von Rührhölzern zu lernen. Das war durchaus ernst gemeint und das hauptsächlichste Ergebnis der Deutschen Malerbundestagung für das Chemnitzer Malergewerbe.

Aber es kam noch etwas zur Aussprache, wenigstens berichtete der Referent ja. Auf Antrag des Präsidenten Weber, Bremen, wurde beschlossen, den Höchstlohn

für einen Malergehilfen in Deutschland auf 7 Taler (21 M) in der Woche festzusetzen. Dieser Höchstlohn sollte in keinem Falle überschritten werden dürfen. Ich habe lange im „Korrespondenzblatt für Deutschen Malerbund“ eifrig gesucht, um diesen Beschluß schwarz auf weiß zu finden, vergeblich. Es ist nicht anzunehmen, daß der Chemnitzer Referent gekluntern vielleicht wurde der Beschluß wirklich gefaßt und nur nicht veröffentlicht; jedenfalls hätte er unausrottbar in meiner Erinnerung; denn vor dem Weltkrieg noch aufgelöster Deutschen Malerbund war das schon anzutragen.

Koch ein Bild aus Chemnitz vom Jahre 1878. Einer netten Zeit übrigens. An einem Sonntag (2. Juni 1878), wurde durch angeschlagene Telegramme ganz Chemnitz wie ein Wespennest aufgestört. War die Erregung dem ganz kapitalistischen Chemnitz schon durch das Hochattentat im Mai desselben Jahres sehr hoch gestiegen, schäumte sie jetzt über. Als ich davon erfuhr, eilte meinen Freund Max Regel, den Proletariatsdichter und damaligen Redakteur der Chemnitzer „Freie Presse“ und „Chemnitzer Masketen“, zu suchen und ihm Mitteilung machen. Nach längerem Suchen fand ich ihn endlich frohster Laune mit noch einigen Freunden in einem Gartenrestaurant sitzen. Er wußte noch nichts und durch meine Nachricht aufs höchste überrascht. Wohlstand, der rücksichtslos Junker Bismarck hatte Mobilisierung diese bürgerliche, gekränkte Leberwurst für einen Sozialdemokraten ausgegeben und die Sozialdemokratie für die Altentat verantwortlich gemacht, um damit der ganzen Arbeiterbewegung einen Schlag zu versetzen. Wirklich das Resultat dieser seiner Bemühungen ein scharfes Annahmegesetz gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften, das alle Bestrebungen der Arbeiterschaft, politischen und gewerblichen Verhältnisse zu verbessern, viele Jahre hinaus unterdrückte.

Ich arbeitete auch damals bei Gustav Hein, und zwar auf dem Galgenberg. (Nomen est omen!) Als ich Montag, 8. Juni, bei der Arbeit war und gerade für die Hofkammer eines Zimmers, das dunkelrot tapeziert werden sollte, eine rötlich-graue Probe ansah, kam der Meister Hein und hinter ihm der Kommerzienrat Stäcker. Ich habe in meinem langen Leben keinen so rohen Ausst-

Inflation fast zusammengebrochenen Einrichtungen als hoher Erfolg bezeichnet werden. Es gilt jetzt, die sich wiederholenden Angriffe der Unternehmer gegen die Halberbürgerschaft abzuwehren, die Leistungen derselben zu erhöhen und ihre Administration auf dem Wege der Verwaltung auszubauen. Auch werden die Probleme der Inflation, die für Deutschland nach Wegfall der Inflation eine wachsende Bedeutung gewonnen hat, die Aufmerksamkeit beanspruchen. Die Weigerung des Meisterschusses mit gleichzeitiger Förderung des Wohnungsbau durch die Gemeinden und Anstalten wird die soziale Bewegung des kommenden Jahres ebenfalls beschäftigen.

Am Anfang des Jahres waren die Organisationsarbeiten und Angestellten infolge der Verwüstungen der Inflation zusammengebrochen. Infolge der ungenügenden Arbeitslosigkeit in diesem Jahre wurde ihr Bestand geschwächt. Trotzdem ermöglichte die Unterstützung der Arbeiter durch die Gewerkschaften, die Arbeiter sich seit der Stabilisierung erweitert. Sie während der Inflationszeit fast ausschließlich in sich tagtäglich erneuernden Lohnverhandlungen tätig, so können sie heute auch der Lösung anderer Probleme zuwenden. Es sei hier auf die Gründung einer Gewerkschaftsbank und einer Anstalt zur Förderung des Wohnungsbau seitens der freien Gewerkschaften hingewiesen. Die mit der Lösung der Reparationsverbindungen mannigfaltigen Probleme (Kostensenkung, Preisgestaltung usw.) werden die Kraft der Gewerkschaften noch für eine lange Zeit in Anspruch nehmen. Die Ausstrahlung der großen Probleme der Zeit, die Verwirklichung der industriellen Selbstverwaltung, wird voraussichtlich erst späteren Zeiten vorbehalten sein.

### Die Gefahr der konsumgenossenschaftlichen Eigenbetriebe.

Die „Textilzeitung“ machte kürzlich schweren wegen der „Gefahren der konsumgenossenschaftlichen Produktion“ durch die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine in Hamburg. Eine „Kampfgemeinschaft von Industrie, Groß- und Kleinhandel“ müsse gebildet werden, um die „gänzliche Verdrängung der Wirtschaft“ zu verhindern. Man sieht, es ist schweres, das da aufgeföhren wird, um eine Entwicklung zu verhindern und zu hemmen, die in der Tat letzten Endes ein wirtschaftliches Leben bedeutet.

Die Ursache dieser Unternehmeroffensive in der Branche kommt davon her, daß die Großeinkaufsgesellschaft kürzlich den Betrieb einer chemischen Fabrik in Gröba-Niesitz (Sachsen) eröffnet hat, die die Produktion von Schuhcreme, Lederfett, Wollwachs, Melon, Gardinenfarben usw., ferner aller Erzeugnisse der Textilindustrie auf sich genommen hat. Natürlich ist es nicht dieser Betrieb, der die „Textilzeitung“ so in Harnisch gebracht; denn die Großeinkaufsgesellschaft besitzt heute in Deutschland bereits 28 eigene Fabrikunternehmen aller Art und scheint so in der Tat eine stille Sozialistische auf dem Wege der genossenschaftlichen Wirtschaftsbildung vorzubereiten. Dann sagt die „Textilzeitung“: Die Eigenproduktion der Großeinkaufsgesellschaft hat damit eine neuerliche, nicht unbedeutende Erweiterung erfahren und die systematische, stille Stabilisierung des deutschen Wirtschaftslbens einen weiteren Fortschritt zu verzeichnen. Es ist blind stellen, wollte man diese Fortschritte verhindern und zu der Auffassung neigen, daß in dem Streben der Großeinkaufsgesellschaft, alle Zweige der Wirtschaft in

ihre Eigenproduktion einzubeziehen, keine die Allgemeinheit ernstlich bedrohende Gefahr liege.

Aber die Lebensmittel- und Genussbranche griff der konsumgenossenschaftliche Expansionsdrang auf die Seifen-, Wäurten-, Holz- und Bimholzindustrie über und hat auch in der Textilindustrie und Konfektionsbranche sowie in der Schuhfabrikation Fuß gefaßt. Die Forderung nach Erhöhung der Geschäftsanteile, für die noch vor kurzem der Wochenlohn eines gelehrten Arbeiters als Norm galt, läßt darauf schließen, daß dieser konsumgenossenschaftliche Drang nach Ausdehnung noch keineswegs zum Abschluß gekommen ist. Vor allem wird die Großeinkaufsgesellschaft darauf bedacht sein, das bis jetzt Erreichte innerlich zu festigen und in dem Bestreben fortschreitender Unabhängigmachung und Ausschaltung privatwirtschaftlich orientierter Lieferanten auszubauen.

Nun ist es ja an sich ganz gewiß lächerlich, aus dem Vorhandensein von 28 Genossenschaftsfabriken eine augenblickliche Gefahr für die weitere Existenz der Privatwirtschaft zu folgern; aber der Kern der Sache ist allerdings damit getroffen, daß das Wesen einer sozialisierten Wirtschaft praktisch veranschaulicht und die ungehemmte Ausdehnungsmöglichkeit erwiesen wird.

Das Zeitmaß der Entwicklung ist nicht mehr von technischen, finanziellen und wirtschaftlichen Fragen, sondern in allererster Linie von der Einsicht der großen Verbrauchermassen abhängig, die es tatsächlich in der Hand haben, diese Entwicklung zu beschleunigen oder zu verlangsamen. Und unter diesen Verbrauchermassen spielen die Gewerkschaftsmitglieder und ihre Familien, die sozialistischen Wählermassen im ganzen eine besondere Rolle.

Wenn sie nicht schon aus eigener Erkenntnis zu der Auffassung gekommen sind, daß die Erschöpfung der kapitalistischen Wirtschaft durch eine sozialistische praktisch veranschaulicht und entwickelt werden kann durch die genossenschaftliche — denn der Privatbesitz an Produktionsmitteln hat ja hier sinnfälligerweise aufgehört zu existieren — dann muß es ihnen der Alarmruf der Zukunft ist: aus eigener Kraft die wirtschaftlichen Organisationen zu fördern, die praktisch Wegbereiter des Sozialismus sind. Und dies sind die Konsumgenossenschaften.

Die Reichstagswahlen haben mit einem glänzenden zahlenmäßigen Sieg der Sozialdemokratie, der Partei des Sozialismus, geendet. Aber die Auseinandersetzungen in der Presse aller Parteien über die Regierungsbildung beweisen hinlänglich, wie schwer es ist, die parlamentarische Tätigkeit auch künftig einmal auf die praktische wirtschaftliche Tätigkeit einzustellen.

Die Staatsform, Staatsverwaltung, Außen- und Innenpolitik geben dem parlamentarischen System Inhalt und Leben; abstrakte Begriffe, Theorien und Programme liegen im Widerspruch miteinander und können von einem Tag auf den andern ihre Positionen ändern und verschoben — das Wirtschaftsleben aber ist ein Organismus, der aus der Wirtschaftskraft der Völker aller Zeiten sich selbst entwickelt hat und weiter entwickelt werden muß. Das Parlament ist für solche Aufgaben untauglicher Boden. Es kann solche Entwicklung fördern oder hemmen — und dies ist der Sinn des Kampfes um parlamentarische Macht —, aber es kann sie nicht „machen“.

Wie es nun gemacht werden muß, um zunächst Stück für Stück der Privatwirtschaft für den Sozialismus zu erobern, dies zeigt den Arbeitern und Sozialisten mit verblüffender Deutlichkeit ein Unternehmerorgan, und die große Masse braucht nur die nötige Folgerung daraus zu ziehen, um sich selbst ein immer größer werdendes Stück Sozialismus aus eigener Kraft zu schaffen.

Indem man die Eigenproduktion der Konsumvereine und ihrer Großeinkaufsgesellschaft fördert. Durch Mitgliedschaft, Betriebskapital und genossenschaftlichen Warenumsatz.

### Die Maler-Internationale 1923.

Der 13. internationale Bericht der Zentralverbände der Maler und verwandten Berufe liegt im Druck vor. Wie in den vorhergehenden Jahren ist auch für den Bericht 1923 aus praktischen Gründen die Gruppierung des Stoffes beibehalten worden. Dem Bericht des Sekretärs folgt eine gut orientierende allgemeine Uebersicht über die angeschlossenen Verbände und Sektionen, der sich die Einzelberichte aus Dänemark, Deutschland, Finnland, Holland, Norwegen, Oesterreich, Ungarn, Schweden, der Schweiz und der Tschechoslowakei anschließen. Da wir im Vorjahre die wichtigsten Vorgänge aus dem Verbandsleben unserer ausländischen Bruderverbände im „Maler“ schon bekanntgegeben haben, wollen wir aus den beiden ersten Abschnitten des Berichts die wichtigsten Punkte herausgreifen.

In knappen Umrissen kennzeichnet der Sekretär Kollege Straine die Rückwirkungen auf die Weltwirtschaft durch die gewalttätige Ruhrbesetzung, Hungerlöhne bei sprunghaft steigenden Preisen für alle Lebensbedürfnisse in dem einen Teil der Länder, Arbeitslosigkeit mit ihren nicht minder schweren Nachteilen auf die Lage der Arbeiterschaft in den meisten andern Ländern waren die niederdrückenden Tatsachen, unter denen die Arbeit der Organisation ungemindert. Darum lag im allgemeinen das Baugewerbe noch sehr darnieder; wenn trotzdem die Konjunktur im Malergewerbe mit einigen Ausnahmen nicht ganz so ungünstig war, so ist dies darauf zurückzuführen, daß dringend notwendig gewordene Renovierungsarbeiten ausgeführt werden mußten. In Dänemark, in der Schweiz und in Finnland hatten sich die Verhältnisse etwas gebessert, ungünstig war die Arbeitslosigkeit in Holland, Norwegen und im Reichsberger Gebiet der Tschechoslowakei. In Deutschland setzte nach dem Stillstand der Geldentwertung eine ungeheure Arbeitslosigkeit unter den Berufskollegen ein. Aus allen angeschlossenen Ländern wurde berichtet, daß die Preise für die notwendigen Gegenstände des Lebensbedarfs bedeutend höher als vor dem Kriege sind. Die Kaufkraft des Geldes ist in allen Ländern gesunken. Daß unter diesen anormalen Verhältnissen ein Rückgang der Mitglieder eintrat, ist zu verstehen. Nur Finnland, Norwegen und Schweden vermehrten ihren Mitgliederbestand um 476, während die übrigen Verbände 15 956 einbüßten oder 17,8 %. Insgesamt waren am Jahreschluß 1923 nach der aufgestellten Tabelle 71 992 Mitglieder vorhanden.

Weitere Tabellen orientieren über die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Berichtsjahr und über die Massenverhältnisse seit 1913. Der Massenbestand betrug am Jahreschluß 1180 Goldmark.

Des weiteren geht der Sekretär auf die Tagung und Beschlüsse der 8. Konferenz am 17. und 18. März 1923 im Reichstagsgebäude zu Berlin ein. Diese beschäftigte sich außer mit dem Bericht des Sekretärs und der Delegierten mit der Lohn- und Tarifpolitik, der Durchführung des Achtstundentages, mit dem Stande der Ferienfrage im Malergewerbe in den einzelnen Ländern und verhandelte außerdem über die Errichtung von Produktivbetrieben, über den Jugendschutz, Berufskrankheiten und Unfallgefahren.

Erfreulich ist, daß der Verkehr mit den Organisationen unseres Gewerbes 1923 hat trotzdem noch erweitert werden können. Es wurde neu aufgenommen der Verband der Maler in der Tschechoslowakei mit dem Sitze in Prag (Oskoslavansky svaz Lakyrniku, Maliru a prib Ostvetvi, Praha II, Hybornska 7). Ferner sind die Beziehungen, die das Sekretariat seit Jahren mit einigen Lokalunionen des amerikanischen Verbandes unterhielt, ausgedehnt wor-

erlebt, als er nun begann. Die rotgraue Hohlkehle die Stiernatur des Kommerzienrats Stärker erregt; die Farbe war ihm nun verhaßt und die Wand mußte tapeziert werden. Und ich natürlich, der Sozialist, mußte sofort aus dem nationalen Hause hinaus. Sozialdemokraten wurden damals in Chemnitz im „nationalen“ Interesse faktisch gejagt. Ich erinnere mich ganz gut an den Abend, an dem wir im Restaurant eine Arbeiterversammlung abhielten, um gegen den Entlassung und dagegen zu protestieren, daß Nobiling Sozialdemokratie in die Schule geschoben wurde. Da vor dem Eingang zum Lokal neben andern „guten“ auch der Kommerzienrat Stärker mit einem dicken bewaffnet. Daß er und seine Spießgesellen die Versammlungsbesucher einschüchterten und bedrohten, war aus ihren Mienen und ihrem Lächeln zu erkennen. Ich kam es auch zu Zusammenstößen mit dieser Elgarde, als die Versammlung ohne sichtlichen Grund von der Polizei aufgelöst wurde und die Arbeiter sich ruhig zu verhalten.

Die deutsche Arbeiterschaft sollte diese Zeit immer ins Gedächtnis gerufen werden, den noch lebenden Genossen ist sie unversöhnlich eingegraben. Es ist eine Zeit der schamlosesten Unterdrückung der Arbeit und eine Zeit der größten Schmach für das deutsche Bürgertum, das seine brutalste, gemeinste Seite zeigte.

Die deutsche Bürgerschaft durch Bismarck gegen die Demokratie, besser gesagt gegen die gesamte Arbeiterbewegung aufgestachelt wurde, ist aus folgender kleinen Anekdote zu entnehmen:

Ich war in Chemnitz als Sozialdemokrat bekannt; Wissens war ich der einzige im Malergewerbe und schwer zu tun, nach dem Austritt mit Stärker wieder zu bekommen. Da ich Weiß und Kind hatte, war geschloffen, mein Bündel auf den Rücken zu nehmen und zu wandern. Aber den Platz mußte ich doch verlassen, auch gern, als sich mir die Möglichkeit bot, nach Chemnitz zurückzukehren.

Ich fand sich Gelegenheit, mit einigen Kunstschülern zusammen bei Professor Donadini einen alten Gobelin zu restaurieren. Es war ein mächtig großes Stück und sollte gegenüber der Festlichkeit am königlichen Hof benutzt

werden. Als Arbeitsraum wurde uns ein großer Saal im Schloß angewiesen, und es war eine ganz angenehme Winterarbeit im gutdurchwärmten Saal bei der pimpeligen Arbeit. Das war eine Tröbele und unendliche Umstände, Krämerei bei dieser Imitation; aber sie mußte teuer kommen, und deshalb durfte sie nicht so rasch fertig werden, wie sie bei einigermachen verständiger Arbeitsweise geworden wäre. Aber ich habe den Gobelin nicht mehr fertig gesehen; denn es war durch Neuzugungen meinerseits unter den Kunstschülern bekannt geworden, daß ich Sozialdemokrat war, und sehr bald erfuhr es auch Professor Donadini, der mit allen Zeichen des Entsetzens mir sagte, wie ich als Sozialdemokrat es wagen könne, das königliche Schloß zu betreten. Jedenfalls hatte Donadini mich im Verdacht eines Attentats; vielleicht meinte er, daß ich beabsichtigte, den König Albert von Sachsen mit einem Raspinfel zu erschließen. Mir war die Geschichte zu komisch, lachte deshalb dem Professor Donadini ins Gesicht, während ich meine Sachen einpackte; das machte ihn so unfähig, daß er davonlief. Ob er das Hofmarschallamt davon in Kenntnis gesetzt hat, daß ein Sozialdemokrat es gewagt hatte, sich ins königliche Schloß einzuschmuggeln? Aber 3 Jahre zuvor hat man wider seinen Willen den gleichen Sozialdemokraten als Soldat zur Schloßwache kommandiert.

In Dresden wurde mittlerweile ein Fachverein der Maler und Lackierer gegründet und konnte dieser sich einigermachen halten dadurch, daß er in der Hauptsache der künstlerischen und fachtechnischen Fortbildung sich widmete. Es wurden Vorträge gehalten und besonderes Gewicht auf den Mal- und Zeichnungsunterricht gelegt. Die Mitglieder waren zumeist indifferent. Immerhin war es aber doch ein Zusammenschluß, und man konnte die Arbeitsverhältnisse in der Stadt erfahren und besprechen. Natürlich war ich auch im Fachverein sehr bald als Sozialdemokrat angekannt und gefürchtet. Wie das so schnell kam, das weiß ich nicht, jedenfalls, weil damals ein Maler und Sozialdemokrat soviel war wie ein weißer Hase, oder hat mich die Verfolgung, mit der ich stets zu tun hatte, so interessant gemacht?

Im Frühjahr fing ich beim Ammon-Schulz zu arbeiten an. Ich weiß nicht mehr wie die Straße hieß, in der Waldemar Schmidt, der bekannte Branntwein- und Likörfabrikant, ein Wohnhaus und eine Villa besaß. Im Wohn-

haus arbeiteten die Leute von Ammon-Schulz, in der Villa aber die Leute von August Mebert. Und ich in glücklicher ging mit meinem Arbeitszeug in die Villa, statt in das Wohnhaus! Zwar schaute mich der alte Werkführer ganz verdächtig an, als ich angerückt kam, wies mir aber doch Arbeit zu. Als dann der damals noch sehr jugendliche Richard zur Arbeitskontrolle kam, da gab es ein Zuscheln und Flüstern zwischen ihm und dem Werkführer, und endlich entfernte sich Richard wieder, um seinem Papa, August Mebert, von dem schrecklichen Vorgang Nachricht zu geben, daß auf seiner Arbeitsstelle sich ein Sozialdemokrat befindet.

Und der Werkmeister machte mir Mitteilung von der Verwechslung. Als ich das erfuhr, nahm ich mein Arbeitszeug und ging in das Wohnhaus hinüber, wo die Leute von Ammon-Schulz mich mit lachendem Munde empfingen. Es waren das zumeist Kollegen vom Fachverein, während die Werkberichter Gehilfen nicht im Fachverein Mitglieder sein durften. Kaum war ich in meiner wirklichen Arbeitsstelle, als rot wie ein Roter der alte August Mebert herankam, jedenfalls, um den bösen Sozialdemokraten, der wie ein Wolf in die Herde seiner Schafe brach, zu vertreiben. Er mußte wohl gemerkt haben, daß er sich auf dem Holzwege befand; denn er blieb stehen und strakte, als ihn die Leute von Ammon-Schulz aus den Fenstern laut anlachten. Der Ammon-Schulz war von den Dresdner Meistern immer noch einer der verständigsten; denn er hat nie Anstoß an meiner politischen Gesinnung genommen; übrigens auch Waldemar Schmidt und seine Frau nicht, obwohl sie von August Mebert brühwarm erfuhren, daß unter ihrem friedlichen Dache sich ein Sozialdemokrat befindet.

Wenn einige der alten Herren von damals diese Zeilen lesen sollten, muß ihnen doch die Röte der Scham das Gesicht überlaufen über die bornierte Verfolgungssucht, der sie sich hingeeben haben. Aber unsere jungen Kollegen können daraus erfahren, wie schwer es war, vor mehr als 40 Jahren politisch und gewerkschaftlich tätig zu sein und wie man dem Hasse, der Verfolgung und der Verachtung sich aussetzen mußte. Das ist nun alles besser geworden, und es wird von Jahr zu Jahr noch besser, wenn unsere Kollegen nicht verzagen, sondern fest und treu mit aller Energie zur Organisation halten.

den. Es korrespondiert außer mit der Zentrale des Verbandes in Amerika in Lafayette unter anderem mit den Lokalunion 400 und 51 in New York und 275 und 194 in Chicago und mit den deutschen Kollegen in Buenos Aires. Auch mit dem englischen Bruderband und neuerdings mit der Sektion der Maler im belgischen Verband steht das Sekretariat in schriftlichem Verkehr.

Seit Beginn des Jahres 1923 gibt das Sekretariat ein Mitteilungsblatt heraus, das in deutscher und von jetzt an auch in englischer Sprache erscheint. Fasten wir alles in allem zusammen, so bestand die praktische Tätigkeit unseres internationalen Sekretariats auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete in einem regelmäßigen schriftlichen Meinungsaustausch über die Verhältnisse im Malergewerbe und die Tätigkeit der uns angeschlossenen und darüber hinaus mit uns in engeren Beziehungen stehenden Bruderverbände. Ferner wurden Erhebungen veranstaltet über die Durchführung des Achtstundentages, über die Löhnefrage, über die Löhne und sonstigen Arbeitsbedingungen in den verschiedenen Ländern. — Lohnkämpfe größeren Umfangs haben nicht stattgefunden, so daß das Sekretariat hierbei nicht in Anspruch genommen werden braucht. Im übrigen ist sowohl durch unsere Presse als auch durch Zirkulare und die rege Korrespondenz des Sekretariats zu allen allgemeinen Fragen Stellung genommen und insbesondere die Tätigkeit und die Beschlüsse des Internationalen Gewerkschaftsbundes zur Kenntnis gebracht und nach besten Kräften unterstützt worden.

Das Genfer Übereinkommen von 1921 zur Regelung der Arbeiten mit dreihaltigen Farben macht es notwendig, daß in allen beteiligten Ländern dem Übereinkommen entsprechende Gesetze erlassen werden und den Regierungen zugeandt werden. In dieser Hinsicht hat das Sekretariat anregend mitgewirkt und wird auch weiter versuchen, die Angelegenheit vorwärts zu treiben.

### Lackierer.

**Aussperrung bei Magirus in Ulm.** Am 24. Dezember, Wechnachtsabend, wurde die gesamte Belegschaft dieser Firma, angeblich als Folge eines von einigen Gruppen der Holz- und Metallbearbeitung am 16. Dezember durchgeführten Streiks, plötzlich ausgesperrt, darunter auch 55 Mann aus der Lackerei. Schon im Mai 1924 hatten unsere Kollegen einen Versuch zur Verbesserung der überaus schlechten Lohnverhältnisse unternommen. Bei der mangelhaften Organisation konnte jedoch nichts Durchgreifendes erreicht werden. Anfang Dezember wurde von der gesamten Belegschaft ein neuer Versuch gemacht, die seit Januar 1924 unverändert gebliebenen Löhne zu verbessern; ein hierbei gefällter Spruch des Schlichtungsausschusses mußte wegen seiner Unzulänglichkeit von der Arbeiterschaft abgelehnt werden. Die Firma erklärte sich zur Annahme des Schiedsspruches bereit, drehte aber zu gleicher Zeit schon damals mit einer Schließung des Betriebes, falls sich die Belegschaft nicht fügen würde. Nun versucht die Firma ihr brutales Vorgehen damit zu bemänteln, daß der Streik einiger Gruppen sei zu dieser Maßnahme gezwungen habe.

In Wirklichkeit geht die Firma mit diesem Gewaltstreik darauf aus, ihre Arbeiterschaft müde zu machen und jede zeitgemäße Lohnregelung zu verhindern. Unsere Kollegen insbesondere wird hier auf drastische Weise gezeigt, wie notwendig zu allen Zeiten eine geschlossene Organisation der Arbeiterschaft ist. Vielleicht trägt dieses „Weihnachtsgeschenk“ ihrer Firma dazu bei, daß sie den Wert der Organisation wieder besser zu würdigen mögen. Die Jagd nach einer Meisterstellung, die von 2 früheren Verbandsfunktionären in letzter Zeit dort betrieben wird und dazu geführt hat, daß ob solcher persönlicher Interessen auch die Organisationsarbeit vernachlässigt wurde, wird voraussichtlich mit einer ähnlichen Enttäuschung für die beiden Akteure enden. Aber es gibt leider unter der Arbeiterschaft immer wieder Leute, die erst durch Schaden klug werden. Zuzug nach Ulm ist fernzuhalten!

### Gewerkschaftliches.

**Der Verbandstag des Bekleidungsarbeiterverbandes** findet im August 1925 in Leipzig statt. Vor 50 Jahren, am 2. und 9. August 1875, hat in Leipzig ein allgemeiner deutscher Schneiderkongreß stattgefunden, der von 30 Delegierten besucht war, die 2400 Mitglieder vertraten. Diese Tagung war der Einigungskongreß nach sechs Jahre langer Spaltung zwischen Eisenachern und Passlauerern. Nach Erledigung der Statutenberatung wurde der neue Allgemeine Deutsche Schneiderverein für konstituiert erklärt und sieben einstimmig als Vorort (Sitz) gewählt. Der diesjährige Verbandstag wird also auch dieser historischen Erinnerung dienen.

**Deut der Nahrungs- und Genussmittelarbeiter-Verband (Verag.)** ist vom 1. Januar 1925 an der Name des bisherigen Vertreterverbandes der Bäcker und Konditoren. Zugleich tritt an die Stelle der „Deutschen Bäcker- und Konditoren-Zeitung“ als neues Organ die „Einigkeit“ mit den Kollegen „Frauenrecht“ und „Für Lehrlinge und Jugend“. Außerdem erscheint monatlich eine fachtechnische Zeitschrift „Technik und Wirtschaftswesen“ zum Preise von 25 Pf. das Heft.

Die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ erscheint vom 15. Januar an wieder, wie die „Gewerkschaftszeitung“ befehle.

Unsere Gewerkschaften haben die Krise überwunden, in der der Zerfallsprozess sie gestürzt hat. Ihre Gesundheit macht erstrebliche Fortschritte. Dies beweist unter anderem der steigende Bestand der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“, die im Oktober vorigen Jahres nur nahezu hundertjährigem Bestehen ihr Erscheinen einleiten konnte.

Die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ soll zunächst einmal im Monat erscheinen in der gleichen Art wie früher, in einem Umfang von 8 Seiten. Ihr Zweck ist, das Interesse der Arbeiterinnen für die Gewerkschaften zu wecken

und die Vorbereitung zur Gewinnung von Mitarbeitern aus den Reihen der weiblichen Mitglieder der Verbände für die Aufgaben der Gewerkschaften zu unterstützen.

Das ein Organ, das dieses Ziel verfolgt, notwendig ist, und daß die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ dieser Aufgabe gewachsen war, zeigte die steigende Auflage, die von 52 000 Exemplaren im Januar 1916 auf 470 000 Exemplare im Jahre 1921 gestiegen war. Der Zerfallsprozess zwang die Gewerkschaften zur Einschränkung ihrer Ausgaben und somit auch zur Abbestellung der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“. Nun ist die Zeit der Krise glücklicherweise zu einem erheblichen Grade überwunden, die die Gewerkschaften an der Durchführung ihrer Aufgaben stark gehemmt hat. Nun muß das inzwischen verlorengegangene wieder zurückerobert werden. Dazu gehört auch das Vertrauen der Arbeiterinnen zu den Gewerkschaften und zu ihrer eigenen Kraft.

Wir sind überzeugt, daß die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ hierzu beitragen wird, und wir freuen uns, in ihr auf neue einen Kampfgesossen zur Durchführung unserer gewerkschaftlichen Aufgaben begrüßen zu können.

**Der erste Bundeskongreß des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes**, der ursprünglich für die zweite Hälfte des November 1924 geplant war und wegen der Wahlen verschoben werden mußte, findet nunmehr vom 12. bis 14. Januar im Plenarsitzungsaal des ehemaligen Preussischen Herrenhauses in Berlin statt. Die Tagesordnung enthält neben den Punkten die die Bundesangelegenheiten betreffen, die Erörterung des Themas „Beamten und Republik“, über das Chefredakteur Georg Vernhard referieren wird. Ferner wird Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Hirsch über den „Londoner Pakt und Lastenverteilung“ sprechen.

**25 Jahre Breslauer Arbeiterssekretariat.** In der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung sind die vor einem Vierteljahrhundert errichteten Arbeiterssekretariate von wesentlicher Bedeutung. Den Nürnberg und Berliner Genossen folgten vor 25 Jahren auch die Breslauer. Das Arbeiterssekretariat bildet den Mittelpunkt, von dem das örtliche gewerkschaftliche Leben und alles, was mit Arbeiterbewegung zusammenhängt, die denkbar beste Förderung erfährt. Bei allen sozialen Wahlen wird die Hilfe des Sekretariats in Anspruch genommen, in zahllosen Gewerkschaftsversammlungen werden die Mitglieder und Genossen über die Rechte und Pflichten in der sozialen Gesetzgebung aufgeklärt, mitunter auch neue gewerkschaftliche Ortsgruppen gegründet und neue Gewerkschaftskartelle errichtet. Aber die Haupttätigkeit konzentriert sich auf die Rechtsbeihilfe und Rechtschutz vor den rechtsprechenden Instanzen. Da gilt es, augenblickliche Not abzustellen und den Hilflosen beizustehen. Hier hat auch das Breslauer Arbeiterssekretariat Wirkungsbolles geleistet. Die Erfolge können im allgemeinen nicht im entferntesten zahlenmäßig festgehalten werden. Noch ist die Gesetzgebung nicht stabil, die Gesetze sind unübersichtlich und schwer verständlich. Da ist das Arbeiterssekretariat die Stelle, an die sich der Arbeiter vertrauensvoll wendet, um sich Aufklärung zu verschaffen, damit er vor Schaden bewahrt bleibt.

### Sozialpolitisches.

**Für den Abbau des Mieterschutzes** wird hauptsächlich von den Hauseigentümern seit langer Zeit eine rege Propaganda entfaltet. Bisher lautete das Argument: „Der Mieterschutz beziehungsweise die Zwangsabwicklung, ist die Ursache der Wohnungsnot. Solange die Mieten nicht frei festgesetzt werden können, wird das Privatkapital nicht bauen lassen, selbst dann nicht, wenn die Mieten für die neuen Wohnungen keiner Beschränkung unterliegen, da das allgemeine Einkommensniveau — Gehälter und Löhne — das auf Grund der gegenwärtigen Mieten entstanden ist, die Bezahlung höherer Mieten in den neugebauten Wohnungen nicht zuläßt.“ Mit diesem Argument hatten sie bisher keinen Erfolg. Die in Deutschland vor dem Krieg gezahlten Friedensmieten werden auf fünf Milliarden Goldmark geschätzt. Die gegenwärtige Belastung beträgt ungefähr zwei Drittel der Friedensmieten, somit 3,3 Milliarden Goldmark. Würden nun die Mieten entsprechend den übrigen Warenpreisen erhöht, so würde dies eine Belastung der Wirtschaft um weitere 3 Milliarden bedeuten, was allein schon mit Rücksicht auf die Ausführbarkeit der deutschen Waren gegenwärtig nicht möglich ist. Im übrigen kommt der Privatbau von Wohnungen für Mietzwecke auch sonst kaum in Frage, da bei den heutigen Kapitalzinsen die Mieten unerschwinglich hoch sein würden, und so können neue Wohnungen überwiegend nur aus Steuern von den Gemeinden gebaut werden. Jetzt führt man aber ein anderes Argument zur Aufhebung des Mieterschutzes ins Feld und behauptet, es gäbe in Deutschland eigentlich keine Wohnungsnot. Für 3 Städte, Kassel, Nürnberg, Augsburg, wurde in der letzten Zeit festgestellt, daß in diesen Städten auf eine Wohnung heute weniger Personen kommen als früher. Wenn trotzdem selbst in diesen Städten eine riesige Anzahl von Wohnungsuchenden auf der Liste steht, so ist dafür — so behauptet man — die Zwangswirtschaft verantwortlich, dank welcher infolge der billigen Mieten die Eigentümer großer Wohnungen sich nicht einschränken wollen, beziehungsweise Personen Wohnung suchen, die dies bei normalen Mieten nicht tun, sondern sich mit ihrer alten Wohnung zufrieden geben würden. Diese Behauptungen sind aber nicht stichhaltig. Die Angaben in bezug auf einige Städte, in denen zufällig viel gebaut wurde, dürfen nicht verallgemeinert werden. Im Durchschnitt der Jahre 1914/23 ist mit einem Neinzugang von höchstens 30 bis 40 % Wohnungen gegenüber der Vorkriegszeit zu rechnen. Die Eigentümer großer Wohnungen müßten durch Befreiung der Wohnungssamter einen Teil ihrer Räume bereits abgeben. Endlich muß man bei der Feststellung des Wohnungsmangels die Zahl der neugegründeten Haushaltungen berücksichtigen. Das Vorhandensein

einer Wohnungsnot kann demnach nicht bezweifelt werden. Die Aufhebung des Mieterschutzes würde bei dem geringen Wohnungsangebot die Mieten sofort in die Höhe treiben.

### Vom Ausland.

**Finland.** Die Tätigkeit unseres finnländischen Bruderverbandes im Jahre 1924 ist den Verhältnissen entsprechend recht fruchtbar gewesen. So konnte die Mitgliederzahl trotz der sehr ungünstigen Verhältnisse und als Folge des Bürgerkriegs immer noch sehr schlimmen politischen Zustände auf 1167, gegen 1056 im Vorjahre, 922 im Jahre 1922 und 922 im Jahre 1921.

**Lohnbewegungen mit Streiks** fanden im Berichtsjahre 4 statt. Ingesamt wurden Lohnbewegungen in 7 Städten durchgeführt, und zwar alle mit vollem Erfolg. In 2 Orten führten Verhandlungen zum Scheitern. Kein Streik hat länger als 4 Wochen gedauert. Ständige Unterstützung aus der Verbandskasse wurde in keinem Falle gezahlt.

**Der Stundenlohn für ganz Finnland im Malergewerbe** betrug 1914 durchschnittlich 0,58 finnische Mark, 1921 dagegen 6,66 Fmk., 1922 7,92 Fmk., 1923 8,76 Fmk. und im letzten Jahre, am 30. Juni, 9,44 Fmk. In Helsinki und Tornea zum Beispiel 11,50 Fmk., in Uleåborg und Kemi 11 Fmk., in Vaasa und Jämsä 11,50 bis hin zu 7 in Enso und 5 Fmk. in Vaskars. Während mittleren Stundenlöhne in dieser Weise von 0,58 auf 9,44 Fmk. gestiegen sind, hat sich die Indexzahl für Lebensmittel in dieser Zeit von 100 auf 1100 und der Steuerindex von 100 auf 2500 bis 3000 Fmk. erhöht.

Die Entschädigung für Lehrlinge ist gestiegen von 3,36 im Jahre 1921 auf 4,76 Fmk. im Jahre 1924.

Der Verband gewährt seinen Mitgliedern Krankheitsunterstützung, und zwar nach 1 Jahr 6, nach 2 Jahren 8 und nach 3 Jahren 10 Fmk. pro Woche während 40 Tagen; Sterbeunterstützung 1 Jahr 100, nach 2 Jahren 150 und nach 3 Jahren 200 Fmk. Streikunterstützung nach 2 Jahren 6 und nach 3 Jahren 9 Fmk. pro Woche. Die Unterstützungen werden nach einer Wartezeit von 2 Wochen ausgezahlt.

### Verschiedenes.

**Die Akademie für graphische Künste und Buchgewerbe im Dienst der Leipziger Weihnachtsmesse.** Die Leipziger Weihnachtsmesse, die bisher aus Raum und Zeit auf ein Stodwerk im Bugra-Mehaus angewiesen sind für die bevorstehende Frühjahrsmesse vom 1. bis 7. März 1925 die prächtigen Räumlichkeiten und die vor allem auch die Oberlichtsäle der Staatlichen Akademie für graphische Künste und Buchgewerbe zur Verfügung gestellt. Damit erfährt die Leipziger Weihnachtsmesse die Förderung, die sie in die Lage versetzt, in eindrucksvoller Weise alles das aufzunehmen und vorzuführen, was die deutsche Werbemittelindustrie den Messeinteressenten bieten ja jeder der nahezu 180 000 betragenden Besucher der Leipziger Messe zahlt, zu bieten vermag.

### Fachliteratur.

„Deutsche Malerzeitung die Mappe.“ Illustrierte Zeitschrift Malerei. Verlag Georg D. W. Götting in München. Das vorliegende Heft Nr. 10, Januar 1925, bringt 5 Tafeln, die unsere vollen Aufmerksamkeit verdienen. Da ist vor allem Tafel 37: „Der Mann in aller Mannheit“, von Ferd. Offen in Hannover, eine prächtige, sehr abgeklärte, altgoldschimmernde Deckenmalerei, an der jeder Dekorationsmaler Freude hat. Tafel 38: „Moderne Firmenschilder“, von der hiesigen K. Hofmalerei in München. Die 5 Entwürfe sind in Zeichnungen für wirkliche Firmenschilder, klar in Schrift, prächtig in Farbgebung. Tafel 39: „Kolorierte Plakate“, von Gustav B. in Mainz. Der warme rote Ton, eingetaucht mit schwarzen Linien und weißen Flecken, mit den handgemalten Fruchtstücken, wirkt sehr schön und ruhig. Tafel 40: „Wandkalender für das Jahr 1925“, von Karl Sommer in Oching, mit charakteristischen, dem Künstler eigenen Monatsbildern verziert. Wesseltta und anderen ist auch der letzte Teil, in dem wie immer Briefe, Worten und grobers Bildnis eingestreut sind.

### Literarisches.

Die Hoffrage als Problem der Produktionspolitik und Marktstabilisierung. Von Arthur Soternus. Verlag: Buchverlagsanstalt und Druckerei G. m. b. H., Jena. Preis 7 A. D. Soternus sucht mit seiner Arbeit wiederum zu bieten: eine leidenschaftliche Einübung in den weitverbreiteten Schwierigkeiten der komplexen zum zweiten aber mit der Schrift eine Darstellung der Frage im Licht der Gegenwartsprobleme. Die Nachwirkungen der Inflation, die „Stabilisierungspolitik“, ist es, die der heutigen Wirtschaftsjunktur ihren besonderen Stempel aufdrückt. Wie verdrängt die Regierungsplan einer Subsidienpolitik mit der Forderung, diese Subsidien zu überwinden und den schwerelastigen Produktionsapparat auszuschieben in Gang zu bringen? Der Verein für Sozialpolitik hat seiner Stuttgarter Tagung 1921 darauf die Antwort gegeben. Die Ergebnisse dieser Schrift, die vor dieser Tagung fertiggestellt war, sind vollständig mit den Schlussfolgerungen der sozialpolitischen Wissenschaft: Ablehnung eines Protektionismus, soweit er nicht etwa vorübergehend durch handelspolitische Auseinandersetzungen mit andern Staaten geboten ist. Soternus folgt dieser Auffassung im besonderen durch eingehende Schilderung der Inflationenkonjunktur mit ihren produktiven und konsumförmlichen Wirkungen, die zu einem wesentlichen Teil den schmerzhaften Nebenwirkungen der Geldwertminderung herzufließen. In der Besichtigung aller Genennungen, die der deutschen Produktion durch ihre Abhängigkeit vom Weltmarkt entstanden sind und entstehen können, besonders im Vergleich auf die Lebensmittelmärkte, er das beste Mittel zur Entlastung der deutschen Produktionskraft. gehört ein bewusster Wille zum Freihandelsprinzip und eine konsequente Verfolgungspolitik, die die Befreiung der deutschen Wirtschaft von Selbstbeschränkung und von fremden Sperrenmaßnahmen gegen die Ausfuhr antreibt. Die Stärkung des inneren Marktes durch eine gemeinsame Regelung der Konsumkraft der breiten Massen ist die notwendige Ergänzung dieser Außenhandelspolitik, die allein den Weg zur Befreiung der deutschen Wirtschaft aus dem Londoner Vertrag und zugleich den Weg zur Befriedung der Welt weist.

Vom 11. bis 17. Januar ist die 3. Beitragswoche.

### Sterbetafel.

Meerane. Am 21. Dezember starb unser Junger Walter Glaser, 19 Jahre alt. Obre seinem Andenken!